Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M.; Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.

Durch die Post zu beziehen: (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich. Ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Rußland, Schweden, Schweiz und Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Expedition d. Bl. erhältlich.

Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.

Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.

Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.

Inserate v. Behörden i. amtlichen Teil 40 Pf. Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 186. Dienstag 7. Juli 1908. 102. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Die Vermählung des Prinzen August Wilhelm, 4. Sohn des Kaiserpaares, mit der Prinzessin Alexandria Viktoria, findet Ende September statt. (S. Dtschs. R.)

* In München begann der Deutsche Städtetag seine Tagung. (S. bes. Ber.)

* Der hamburgische Senat hat der Bürgerschaft einen Gesetzentwurf für eine Wertzuwachssteuer unterbreitet.

* Gegen die Fahrten deutscher Luftschiffer nach Frankreich wird dort protestiert. (S. Dtschs. R.)

* Wie uns ein Privattelegramm meldet, gab Fürst Eulenburg in der gestrigen Verhandlung zu, den Milchhändler Riebel zu kennen, bezeichnete aber dessen Aussage als unwahr. (S. Ber.)

* Wie verlautet, wird der französische Minister des Aeußern die angekündigte Interpellation Jaurès über Azemur beantworten. (S. Ausl.)

* Das griechische Ministerium hat sich neu konstituiert. (S. Ausl.)

* Die Kosaken des Schahs haben trotz des Protestes des englischen Geschäftsträgers von neuem die englische Gesandtschaft in Teheran umstellt. (S. Letzte Dep.)

Vor und hinter den Kulissen.

Es ist schon lange her, daß die Sommermonate in der Politik eine wirkliche Saurегurkenzeit bedeuteten. Seit Jahren liegt es vielmehr so, daß auch in den Wochen, die für Diplomaten wie für Schulkinder als Ferien gelten, weder in der hohen Politik des Auswärtigen Amtes noch auch in der Erörterung dringender innerpolitischer Fragen eine Ruhepause eintritt.

Auch in diesem Jahre ist es nicht anders. Weder die Abreise des Fürsten Bülow nach Norderney, noch des Kaisers Nordlandreise lassen den Schluß zu, daß Ferien für die Politik eingetreten seien. Der Draht zwischen Berlin und der ostfriesischen Insel wie das Depeschenboot, das unablässig zwischen dem Bord der „Hohenzollern" und der nächsten Telegraphenstation hin und hereilen wird, sorgen dafür, daß die aktuellen Probleme der auswärtigen wie der deutschen Politik ihre stete Erörterung finden, und in den Reichsämtern der Reichshauptstadt rastet man in diesen Wochen so wenig wie in der politischen Wintersaison.

Das Rätsel, das die Zusammenkunft in Reval den Diplomaten aufgegeben hat, und die Reichsfinanzreform, die als ruhelose Frau Sorge in den Reichsämtern umzieht, lassen keine politische Ferienstimmung aufkommen. Sie bleiben so im Vordergrund des Interesses, daß selbst die übliche politische Sommerfrage, ob sich wohl für den Herbst ein Wechsel in hohen Reichsämtern vorbereitet, noch nicht in den Rahmen der Erörterung getreten ist.

Selbst von Riederdings Amtsmüdigkeit, von der man nach seinem Jubelgeburtstag sprach, ist es still geworden. Nur der Rücktritt des unheimlichen Gastes in den Ministerhotels, der Unheil verkündend wie die Weiße Frau aufzutreten pflegt — nur der Rücktritt des greisen Lykanus scheint nach dem leichten Schlaganfall, den er erlitten, bevorzustehen. Und auch dieser nicht unmittelbar.

Von einem Abgang Bülows aber redet und schreibt zurzeit niemand. Obwohl es noch vor Wochen Kreise gab, in denen man einen Wechsel im Reichskanzleramt für den Herbst als sicher annahm. Ein Mann, dem der Kaiser in so prononcierter Weise sein Vertrauen ausgesprochen hat, wie es Fürst Bülow in der Kaiserrede zu Brunsbüttelkoog erleben konnte — scheint in seiner Stellung gesicherter als je, selbst wenn sein Gesundheitszustand weniger gefestigt wäre, als er zu sein den Anschein hat. Und doch lagen Gründe genug vor, um noch vor kurzem des Fürsten Rücktritt für möglich zu halten. Der Erfolg seiner Blockpolitik, der sich bei Beginn der österlichen Parlamentsferien nach Annahme des Reichsvereinsgesetzes und der Börsenpriesnovelle in so hellem Lichte zeigte, konnte darüber nicht hinweg täuschen, daß dieser kleine Befähigungsnachweis für die Führung der Reichskanzlergeschäfte nicht auch schon die Gewißheit bot, den großen Nachweis für die Meisterschaft zu leisten, den die schwierige internationale Lage und die ungelöste Reichsfinanzfrage unerbittlich fordert, wenn das Deutsche Reich hier nicht unabsehbaren Schaden leiden soll.

Die Gegner Bülows müßten politische Stümper sein, hätten sie hier nicht mit ihrer Maulwurfsarbeit gegen den Kanzler eingesetzt. Konnte es einem Monarchen gegenüber wirkungsvoller sein, als wenn man die durch die Zusammenkunft in Reval deutlicher als je zuvor offenbar gewordene Einkreisung Deutschlands auf die Schuld des Reichskanzlers schob, der es nicht verstanden habe, eine solche Einkreisung zu verhindern? Und kann man den ersten und allein verantwortlichen Beamten des Reiches schlimmer diskreditieren, als wenn man ihm nachzurechnen vermag, wie unter seiner Amtsführung die Schuldenlast des Reiches von Jahr zu Jahr gewachsen ist, so ungeheuerlich, daß wir heute nicht wissen, wie wir auch nur die Zinsen jener Schuld durch neue Steuern decken sollen?

Ein besseres Material konnten sich dieselben Maulwürfe, die vor Jahresfrist Posadowskys Sturz vorbereiteten, wobei ihnen der Kanzler zum mindesten nichts in den Weg gelegt, nicht wünschen. Aber ihr erster heimlicher Waffengang gegen den vierten Kanzler ist erfolglos geblieben. An der persönlichen Gunst, in der Fürst Bülow bei dem Kaiser steht, und an den geschickten Operationen, mit denen dieser Diplomat schon oft brilliert hat, ist der Schlag mißlungen. Das ist die bisher in dieser Hinsicht viel zu wenig beachtete Bedeutung der Kaiserrede in Brunsbüttelkoog. Der Kaiser hat hier „seinen Hamburgern" und über sie hinaus dem ganzen deutschen Volke in kraftvollen Worten gesagt, was vor allem Bülows intime persönliche und politische Gegner hören sollten: daß er sein volles Vertrauen auf den Kanzler Fürsten Bülow setzt und daß er ganz Deutschland auffordert, dieses Vertrauen zu teilen. Damit trat vor die Kulissen, was sich hinter den Kulissen abgespielt hat. Und damit ist die politische Situation bei aller Verworrenheit der politischen Lage in dem Sinne geklärt: Bülow wird der Mann bleiben, mit dessen Leitung der Reichsgeschäfte wir bis auf weiteres zu rechnen haben.

Um so wichtiger ist es, sich über Bülows diplomatische Haltung klar zu werden. Dafür sind zwei Anhaltepunkte vorhanden. Den Angriffen gegenüber, die seine Haltung in der auswärtigen Politik als zu schwächlich, als zu nachgiebig hingestellt haben, verstand er es, sich als energischer Mann zu geben, der daran erinnert, daß unsere Soldaten auf ihren Helmen nicht den Wahlspruch der Hildesheimer tragen: „Gib uns Frieden, Herr, in unseren Tagen". Er ist nicht mehr der unbedingt Friedfertige, zwischen dem und Herrn von Holstein die Differenz bestand, ob man auch einmal mit dem Säbel rasseln solle. Das Unwahrscheinlichste ist nämlich Ereignis geworden: die völlige Aussöhnung, ja die Entente Bülow-Holstein. Wer sich der Ereignisse vor etwa anderthalb Jahren erinnert, zu welcher Zeit der Gewaltige des Auswärtigen Amtes noch auf eigene Hand Politik trieb und der Hardenfeind noch nicht bekehrt war, wird die Bedeutung dieser Personalsensation zu schätzen wissen. Wie Herr von Holstein heute wieder in einem durchaus freundschaftlichen Verhältnis zu dem Kanzler steht, dem sein Rat durchaus nicht unwillkommen ist, so pocht auch Bülow nicht mehr allein auf eine friedliche Ausgleichsmöglichkeit der Differenzen, die in Marokko entstanden und nun auf dem Balkan ein noch ernsteres Gesicht bekommen haben. Er greift — just 10 Jahre nach dem Tode des eisernen Kanzlers — auch einmal zu dem Mittel des kalten Wasserstrahles durch den so lauwarm gewordenen Schlauch der „Norddeutschen Allgemeinen", und wird in derselben Kaiserrede gefeiert, in der sein Monarch auf das Sturmlied der Hamburger antwortet, daß wir den Frieden wollen, aber nur den ehrenvollen. Er hat damit erreicht, daß man weniger ihn als den Kaiser für einen Hort des Friedens hält, und daß man ihm darum nicht mehr den Vorwurf machen kann, zu nachgiebig in der Politik gegen das Ausland zu sein. Er wird hier fortan im Sinne der Holsteinschen Taktik die schärfere Tonart vertreten.

Schwieriger bleibt für ihn die Position in der Reichsfinanzfrage. Er hat in ihr bisher eine Ressortfrage des Reichsschatzamtes gesehen. Stengel mußte gehen, als er sie nicht lösen konnte. Bülow blieb. Das wird nach der Hamburger Kaiserrede sich kaum wiederholen können. In ihr verband der Kaiser das Schicksal Bülows mit dem Sydows. Er lobte das Hamburger, das kaufmännische Blut in Bülows Adern als Bürgschaft für gute Finanzpläne. Und lobte in demselben Atemzuge den neuen Reichsfinanzsekretär. Aber Bülow hat nicht nur in Norderney Zeit, wieder Verhandlungen mit den Blockführern zu pflegen. Es heißt sogar, man täusche sich, wenn man meint, der könnte nach seiner Romreise zum Papst den Weg wegen der Dezembertage 1907 nicht mehr zum Zentrum finden, als der Hilfstruppe in Finanznöten. Der Hinweis darauf, daß eben der Block bei der Finanzreform versage — daß es des Blocks, nicht des Kanzlers Schuld sei, wenn Sydows Pläne scheitern sollten — werde an der Stelle, auf deren Vertrauen es dem Kanzler vor allem ankommt, Verständnis finden. Ganz klug gedacht, sofern man nur nach oben blickt. Wir meinen freilich, der Unwille des zentrumsüberdrüssigen Volkes werde durch diese Rechnung einen dicken Strich machen. Indessen macht schon der Gedanke die Lage des Liberalismus im Block schwierig. Des Kanzlers Position aber ist vorläufig so sicher wie nur irgend möglich. Das tritt als Resultat von dem, was hinter den Kulissen geschehen sein mag, als Tatsache vor die Kulissen, und mit dieser Tatsache wird man im Sommer für den Herbst und Winter rechnen müssen.

Nationale Arbeiterorganisationen im Königreich Sachsen.

Die Niederlage der Sozialdemokratie bei den letzten sächsischen Reichstagswahlen hat allerorts die Frage entstehen lassen, wie das erreichte Resultat auch für die Zukunft gesichert werden kann. Dabei hat auch die Frage der Begründung der nationalen Arbeitervereine eine bedeutsame Rolle gespielt. Gegenüber einer durchaus irreführenden Darstellung des „Berliner Tageblattes", welche die in Sachsen begründeten nationalen Arbeitervereine mit den sogenannten „Gelben Gewerkschaften" verwechselt, ist es jedenfalls notwendig, auf folgendes hinzuweisen.

In der gewerkschaftlichen Organisation kommen für das Königreich Sachsen drei Gruppen in Betracht. Da sind zunächst die sogenannten freien Gewerkschaften (z. B. die Metallarbeiter-, die Textilarbeiter- und die Holzarbeitergewerkschaften), welche aber im engsten Zusammenhange mit der sozialdemokratischen Partei stehen und deshalb ohne weiteres als sozialdemokratisch gelten können. Neben ihnen bestehen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, welche aber fast nur für die Metallarbeiterbranche in Betracht kommen, da die übrigen Branchenvereinigungen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine nur schwach ausgebildet sind. Sogenannte „Gelbe Gewerkschaften", welche im Gegensatze zu den übrigen gewerkschaftlichen Organisationen auf das Streikrecht im wesentlichen verzichten, bestehen in Dresden in der freien Vereinigung Dresdner Metallarbeiter und in Meißen in der Organisation der Arbeiter eines dortigen Granitwerkes. Auch im Handwerk hat diese Organisationsform sich eingebürgert und ist in Dresden in einer Bäckerorganisation vertreten. Eine besondere Rolle spielen noch in Sachsen die Evangelischen Arbeitervereine, welche weder einen rein gewerkschaftlichen Charakter, noch einen rein politischen Charakter besitzen, und etwa 18 000 Mitglieder zählen. Darunter befinden sich aber auch eine große Anzahl von Handwerkern und Kleinkaufleuten, so daß die Zahl der organisierten Arbeiter eine geringere ist, und gegenüber den 225 000 Mitgliedern der sozialdemokratischen Gewerkschaften, nicht wesentlich ins Gewicht fällt.

Die in letzter Zeit begründeten und schnell zur Ausbreitung gelangten nationalen Arbeitervereine können in gewisser Beziehung mit evangelischen Arbeitervereinen verglichen werden, insofern sie nämlich einen gewerkschaftlichen Charakter tragen, nicht nach Branchen, sondern nach Orten zusammengefaßt sind, die nationale Gesinnung, die Geselligkeit und das Unterstützungswesen pflegen, dabei jedoch von jenem evangelisch-kirchlichen Charakter absehen, der den evangelischen Arbeitervereinen eigen ist. Diese in letzter Zeit in verschiedenen Orten Sachsens begründeten Vereine dürften heute bereits gegen 10 000 Mitglieder innerhalb Sachsens zählen und finden außerordentlich schnelle Verbreitung. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß in Zukunft ein Hand in Hand gehen zwischen dem nationalen und evangelische Arbeitervereine sich ermöglichen läßt, wenn diese ihren kirchlichen Charakter gegenüber dem Betonen des nationalen Gesichtspunktes mehr zurücktreten lassen.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Arbeiter sich nur schwer dazu versteht, einem konservativen, nationalliberalen oder freisinnigen Vereine beizutreten, daß er dagegen mit seinesgleichen sich gern auf nationalem Boden zusammenfindet, um dem Terrorismus der Sozialdemokratie zu entgehen. Wenn die Sozialdemokratie diese Vereine als „gelbe Gewerkschaften" hinstellt, so weiß sie genau, weshalb sie das tut. Der Name „gelbe Gewerkschaft" hat etwas Herabsetzendes an sich und man möchte gern die Mißstimmung gegenüber diesen Organisationen auf die neu begründeten und schnell vorwärts schreitenden nationalen Arbeitervereine übertragen. Jedenfalls dienen sie der nationalen Idee, und diejenigen Mitglieder des Reichstages, welche sie durch Vorträge unterstützen, sollten daher bei objektiver Würdigung der Sache Zustimmung finden und vor solchen Angriffen gesichert sein, wie sie von dem genannten Berliner Blatt in Unkenntnis der Sachlage erhoben worden sind. Bemerken wollen wir dabei noch, daß es sich bei diesen nationalen Arbeitervereinen namentlich um die in den Hauptgebieten der Textilindustrie begründeten lokalen Arbeiterorganisationen handelt, die untereinander bisher noch nicht in irgendwelchen Zusammenhang getreten sind. Daneben bemüht sich der Bund vaterländischer Arbeitervereine ebenfalls, in Sachsen Fuß zu fassen, und hat in einigen kleineren Orten Gründungen von Ortsgruppen veranlaßt, doch treten diese an Bedeutung gegenüber den vorgenannten großen Lokalvereinen in Werdau, Crimmitschau, Schönheide usw. zurück.

Der Rüffel des Generals d'Amade.

(Von unserem Pariser L.-Korrespondenten.)

Paris, 4. Juli.

Die französische Regierung hat wieder einmal ihrem Oberbefehlshaber in Marokko einen Rüffel erteilt. General Drude wurde abberufen, weil das Geschrei der Kolonialpartei nicht verstummen wollte, seine „Untätigkeit" wäre mit den französischen Interessen nicht vereinbar. General d'Amade, sein Nachfolger, hat sich dies zur Lehre genommen und führt ein frisch-fröhliches Kriegsleben. Drude hielt sich streng an die Vorschriften seiner Regierung und war überrascht, daß ihn seine Disziplin um das Kommando brachte; d'Amade handelte daraufhin, ohne sich an Disziplin zu kehren und entsprechend den Wünschen der Kolonialpartei, die ihn früher oder später wie einen einfachen Drude hätte zum Teufel jagen lassen, wenn er nicht jede Woche ein neues Eckchen Marokkos erobert haben würde. Minister Pichon versicherte auf der Kammertribüne, daß man keinen Schritt über das Schauajaland hinaus tun werde. General d'Amade strich sich den Schnurrbart und sagte sich: Das wollen wir einmal sehen! Und flugs zog er seine Truppen zusammen und marschierte auf die ganz außerhalb des Schauajalandes liegende Hafenstadt Azemur. Herr Pichon hatte weiter versichert, daß er zwischen Abd-el-Aziz und Muley Hafid Neutralität wahren werde. General d'Amade wußte, daß Azemur die einzige Hafenstadt im Besitz des Gegensultans war; darum ließ er dem hafidistischen Gouverneur dort sagen, er habe schleunigst den Platz zu verlassen. Und wie ein rechter Eroberer forderte der „brave General" die Notabilitäten in Azemur auf, eine neue Behörde zu bilden. Nachdem er diese glorreiche Tat vollführt, benachrichtigte er seine Minister, was er zu tun für gut befunden. General d'Amade wird jetzt ebenso erstaunt sein, wie einst General Drude, daß ihm ein telegraphischer Rüffel erteilt wurde, weil er sich nicht an seine formellen Instruktionen gehalten, wo doch sein Vorgänger ohne weiteres abberufen worden war, eben weil er sich an die Instruktionen gehalten hatte. . .! Die Verlegenheit in Paris am Quai d'Orsay war außerordentlich. Der Minister des Aeußern fuhr sofort zu Herrn Clemenceau, als er die Nachricht von der Besetzung Azemurs erhielt, und im Einverständnis mit dem Kriegsminister Picquart ging augenblicklich der Befehl an d'Amade ab, er müsse das Gebiet des Om-er-Rbin verlassen und sich wieder in das Schauajaland begeben, um nicht mehr über seine Grenzen hinauszugehen. Es ist wohl selbstverständlich, daß sämtliche französische Botschafter in den fremden Hauptstädten zur gleichen Stunde die Weisung erhielten, die Regierungen zu informieren, daß die Besetzung Azemurs nur ein kleiner, selbstherrlicher Akt eines französischen Generals gewesen ist, für den die Republik nicht die Verantwortung übernimmt. Es ist recht beschämend für eine Regierung, zu einem solchen diplomatischen Schritt gezwungen zu sein, und wir möchten den preußischen General sehen, der die Wilhelmstraße in eine ähnliche Verlegenheit gesetzt hätte!

Jedenfalls ist die Disziplin der Pariser Journalisten viel größer als die mancher Generäle. In einer patriotischer Aufwallung schweigt sich die große Mehrzahl der Morgenzeitungen völlig über den „Zwischenfall" aus. Sie drucken bloß die offiziöse Note über den Tadel ab, die mit Meisterschaft bestrebt ist, diese kleine marokkanische Blamage zu verdunkeln. Nur zwei oder drei unabhängige Blätter halten mit ihrem Bedauern über des Generals „Sans-Gêne" nicht zurück. So sagte das „Journal" u. a.: „Sofort, als die Regierung von der Besetzung Azemurs Kenntnis erhielt, ließ sie den General d'Amade wissen, daß sie sein Vorgehen mißbillige. Das ist die unangenehme Lösung eines üblen Zwischenfalls, aber die einzige, die unsere marokkanische Politik von dem Vorwurf eines flagranten Widerspruchs zwischen Worten und Taten befreien kann. General d'Amade hat eine Expedition außerhalb des Schauajalandes vorgenommen, deren Folge, wenn nicht deren Ziel, eine Intervention zugunsten Abd-el-Aziz' gegen Muley Hafid ist. Würde wenigstens eine ernste Tatsache, ein Angriff oder Unordnung gemeldet, womit dem Chef unseres Expeditionskorps eine prompte Initiative aufgezwungen worden wäre? Keineswegs! General d'Amade kam auf einer Inspektionstour entlang der südlichen Vorposten im Schauajaland nahe Azemur. Von den Behörden des Prätendenten wird sein Bote, der nach Mazagan weiter soll, festgehalten. Ist das ein genügender Grund, um zu einer Intervention zu schreiten, die der Politik der Regierung zuwiderläuft, einer Politik, die nicht nur dem Land, sondern auch allen Großmächten notifiziert worden war? Diese Intervention ließ sich weder mit dem Polizeimandat von Algeciras, noch mit unseren besonderen Interessen in Nordafrika rechtfertigen. Die Vertreter Muley Hafids verjagen, hieß das nicht offen Abd-el-Aziz unterstützen? Dies wird allgemein so interpretiert werden, in Marokko wie zweifellos auch anderswo. Das mußte General d'Amade wissen. Er kennt die lokale und die internationale Lage. Er wird über die Ansichten der Regierung auf dem laufenden gehalten. Es wird selbst erzählt, daß er in den letzten Tagen, als er die Absicht kundgab, Azemur zu besetzen, von Paris einen formellen Gegenbefehl erhalten hatte. (Wenn das „Journal" hier recht informiert ist, wäre es unbegreiflich, wenn ein so ungehorsamer Offizier nicht vor ein Kriegsgericht gestellt würde.) Seine Handlungsweise ist also um so schwerer zu erklären. Oder aber, man kann sie nur mit der großen Versuchung erklären, in der sich der sehr tatenfrohe und schneidige Heerführer befand. Nicht zum erstenmal gibt Soldatenübereifer den Diplomaten zu schaffen. In solchen Fällen bleiben der Regierung nur zwei Lösungen: billigen oder tadeln. Man kann sich leicht denken, wohin die Billigung geführt hätte. Also, so unangenehm es sein mochte, einem trefflichen General einen Tadel auszusprechen, war es doch das beste, um mit dem Zwischenfall schnell aufzuräumen, indem man seinen Charakter sofort präzisierte." — Das „Petit-Parisien" sagt ebenfalls, daß die jüngsten Erklärungen des Ministers und die von ihm verlesenen Instruktionen in vollstem Gegensatz zu dem Vorrücken d'Amades standen. „Es mußte um so mehr Erstaunen erregen, als es keiner Notwendigkeit

SLUB
Wir führen Wissen.